

USA und Saudi-Arabien : ein zunehmend verhängnisvolles Bündnis

Autor(en): **Hübschen, Jürgen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **182 (2016)**

Heft 7

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-630259>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

USA und Saudi-Arabien – ein zunehmend verhängnisvolles Bündnis

Dient das enge Zusammengehen der USA mit Saudi Arabien der Stabilität der Nahmittelost-Region oder ist es aktuell eher mit Risiken für diesen Raum verbunden? Gelegenheit für eine nähere Betrachtung.

Jürgen Hübschen

Der aktuelle Besuch von Präsident Obama in Saudi Arabien und seine Gespräche mit König Salman und später auch noch mit einigen anderen Potentaten der Arabischen Halbinsel ist ein passender Anlass, um einmal über das seit dem Ende des 2. Weltkriegs bestehende Bündnis zwischen Washington und Riad nachzudenken und kritisch zu hinterfragen, ob diese Allianz ein stabilisierendes Element für die Nahmittgelost-Region darstellt oder ein archaisches System stützt, das zunehmend hegemoniale Eigeninteressen verfolgt und damit Stabilität und Frieden in der Region gefährdet.

Kurzer historischer Rückblick der amerikanisch-saudischen Allianz

Am 14. Februar 1945 trafen sich der amerikanische Präsident Roosevelt und König Ibn Saud, der Gründer des saudischen Königreichs, um über einen amerikanischen Stützpunkt in Dahran und auch über eine saudische Öl-Pipeline zum Mittelmeer zu verhandeln. Der Vertrag kam zwar nicht zustande, kann aber als Beginn einer Zusammenarbeit verstanden werden, in der Militär und Öl die entscheidenden Faktoren waren und auch heute noch sind, obwohl die Rolle des Öls auf Grund der amerikanischen Eigenförderung an Bedeutung verloren hat. Am 1. Januar 1950 schloss die saudische Regierung mit der «Arabien-American Oil Company» (ARAMCO) einen Vertrag ab, in dem festgelegt wurde, dass beide Partner sich nach Abzug der amerikanischen Steuern den Netto-Gewinn teilen. Heute steht in Dahran der Computer, über den die gesamten Ölströme dieser Welt gesteuert werden. Als sich die Briten Ende der 60er Jahre ihre Truppen aus der Region abzogen, sah sich Washington mit der Gefahr konfrontiert, dass die Sowjetunion die Gelegenheit nutzen würde, um einen Fuss auf die Arabische Halbinsel zu setzen.

Um das zu verhindern, entwickelte man in den USA die so genannte «Twin Pillar Strategy», eine U.S. Policy «to promote Iran and Saudi Arabia as local guardians of U.S. interests in the Persian Gulf region». Die Säule Iran hatte Bestand bis zum Sturz von Schah Pahlewi und der Machtübernahme durch Ayatollah Khomeini und die spätere Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran. Jetzt war die Policy sozusagen einbeinig geworden.

Washington setzte danach auf den Irak unter Saddam Hussein als neue zweite Säule. Diese wurde durch den Überfall des irakischen Herrschers auf das Emirat Kuwait im August 1990 zum Einsturz gebracht. Bereits vor dem offiziellen Beginn der «Operation Desert Storm» wurden amerikanische Truppen nach Saudi-Arabien verlegt und US-Fallschirmjäger landeten in Dahran, um den ARAMCO-Computer zu sichern.



Präsident Obama und King Salman, 29. April 2016, Riad.

Bild: yahoo/AFP Photo/Jim Watson

Seit dem irakischen Überfall auf Kuwait haben die USA in dieser Weltregion – neben Israel – mit Saudi Arabien nur noch eine Säule, auf die Washington sich geostrategisch abstützen kann. Um diese Säule zu erhalten, liefern die USA seit Jahrzehnten modernste Waffen in einem unvorstellbaren Umfang an das saudische

Königreich. Allein zwischen 2010 und 2014 hat Riad für 90,4 Milliarden Dollar Waffen in den USA bestellt. Nach einem aktuellen Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI beträgt der jährliche Verteidigungshaushalt des Wüstenstaates rund 81 Milliarden Dollar. Riad steigerte seine Importe zwischen 2011 und 2015 um 275 Prozent und ist damit nach Indien der zweitgrösste Waffenimporteure der Welt.

Die saudische Politik seit der iranischen Revolution von 1979

Nach dem Sturz des Schahs und der Etablierung eines schiitischen Gottesstaates im Iran, sieht sich das wahabitische Königshaus in Riad als eine Art Schutzpatron der sunnitischen Muslime in der ganzen Welt. Konsequenterweise unterstützte Saudi-Arabien den irakischen Herrscher Saddam Hussein in seinem Krieg gegen den Iran, zwar nicht mit Waffen oder eigenen Truppen, aber ganz erheblich finanziell. Hintergrund war weniger eine Sympathie für den sunnitischen Diktator, sondern seine Rolle als Bollwerk zum Iran des schiitischen Ayatollah Khomeini, der ja de facto die Gegendküste des Persisch-Arabischen Golfes beherrschte und damit auch die Strasse von

Hormuz kontrollieren oder gegebenenfalls sogar sperren konnte. Nach dem Überfall von Saddam Husseins auf Kuwait, distanzierte sich Riad von Bagdad und suchte einen noch engeren Schulterchluss mit den USA, weil das saudische Königshaus befürchtete, die irakischen Truppen würden über die lange, gemein-

same Grenze auch ins Königreich einmarschieren.

Mit Beginn der 90er Jahre begann Saudi-Arabien, sunnitische Gruppen im Ausland zu unterstützen und versuchte gleichzeitig, den erzkonservativen sunnitischen Wahabismus zu exportieren. Auf dem Balkan schossen von Riad finanzierte Moscheen aus dem Boden, und es gab immer wieder Hinweise auf eine finanzielle Unterstützung muslimischer Kämpfer durch das saudische Königshaus. Dabei zögerte Riad ganz offensichtlich auch nicht, radikale sunnitische Gruppen im Ausland zu unterstützen. Zum ersten Mal wurde diese Politik in einem erschreckenden Masse am 11. September 2001 bei den Anschlägen auf das World Trade Center der ganzen Welt vor Augen geführt. Von 19 identifizierten Attentätern stammten 15 aus Saudi-Arabien.

Osama bin Laden, der Gründer des Terrornetzwerks Al Quaida, war ebenfalls ein Saudi, und auch bei den späteren weltweiten Terroranschlägen, wie z. B. in Madrid, London oder Bali, führten die Hintergründe der Islamisten in die radikalen Wahabiten-Schulen in Saudi Arabien.

Im Kampf gegen den IS gibt es seit Jahren den begründeten Verdacht, dass Riad diese sunnitische Terrororganisation finanziell unterstützt hat und möglicherweise immer noch mitfinanziert.

Ein immer entscheidender Faktor der saudischen Politik ist die anti-iranische Haltung des Herrscherhauses. Riad sieht sich mit einem schiitischen Halbbogen konfrontiert, der von Teheran über die schiitisch dominierte Regierung im Irak und den alawitischen Herrscher Bashar Al Assad in Syrien bis zur schiitischen Hisbollah im Libanon reicht.

Deshalb setzt der saudische König immer noch alles daran, das syrische Regime zu stürzen und hat deshalb z. B. im März 2016 dem Libanon eine zugesagte Hilfe in Höhe von vier Milliarden Dollar zur Strafe dafür gestrichen, dass die libanesische Hisbollah die syrischen Streitkräfte unterstützt.

Im Jemen kämpft eine sunnitische Allianz unter Führung Saudi-Arabiens gegen die Huthis und den ehemaligen jemenitischen Präsidenten Saleh. Riad behauptet, die Huthis würden von Teheran unterstützt mit dem Ziel, den Jemen unter iranische Kontrolle zu bringen und sich auf diesem Wege auf der Arabischen Halbinsel festsetzen.

Auch die Schiiten in Bahrain werden nach saudischer Lesart von Teheran unter-

stützt, was im März 2011 als Begründung für den Einmarsch saudischer Truppen in das benachbarte Königreich diene.

Seit dem Atomabkommen mit dem Iran konstruiert Riad immer intensiver eine angebliche iranische Bedrohung, weil das Königreich seine angestrebte Vormachtstellung in der Region gefährdet sieht.

Die aktuelle Politik Saudi-Arabiens wird seit Januar 2015 von einer neuen Führung unter König Salman bestimmt, der alle wichtigen Posten neu besetzt hat. Im Innern wird die konservative Richtung, abgesehen von einer immer noch sehr zögerlichen Beteiligung der Frauen an der Politik und dem gesellschaftlichen

«Saudi-Arabien ist sich darüber im Klaren, dass es für Washington in der Region keine Alternative zur Allianz mit Riad gibt.»

Leben, konsequent fortgesetzt. Die Scharia ist die islamische Begründung für Massenhinrichtungen, die im Januar 2016 zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Iran führten, der sich Bahrain und Kuwait bald darauf angeschlossen.

Die wirtschaftliche Lage des Landes ist auf Grund des niedrigen Ölpreises schwierig geworden, der Staatshaushalt bereits im zweiten Jahr hintereinander defizitär. Trotzdem lehnt Riad eine Kürzung der Ölfördermengen ab.

Die internationale Rolle des Königreichs in der Region und auch in der Welt, vor allem aber auch gegenüber den USA, wird durch die neue Führungriege in Riad wesentlich offensiver vertreten, was die aktuelle saudisch-amerikanische Allianz entscheidend beeinflusst und für den Rest der Welt verhängnisvoll werden könnte.

Die Bewertung der saudisch-amerikanischen Allianz

Saudi-Arabien ist sich darüber im Klaren, dass es für Washington derzeit in der Region keine Alternative zur Allianz mit Riad gibt. Die enge Zusammenarbeit in der Vergangenheit und die «gemeinsamen Leichen» im Keller, um es einmal profan zu formulieren, scheinen die beiden Länder zu einem Schulterschluss zu zwingen,

der nicht nur den Frieden und die Stabilität in der Region gefährden kann.

Als der UN-Sicherheitsrat nach dem Überfall Saddam Husseins auf Kuwait am 29. November 1990 auf Betreiben der USA eine Resolution verabschiedete, die auch den Einsatz von Militär genehmigte ... 2. *Authorizes Member States co-operating with the Government of Kuwait, unless Iraq on or before 15 January 1991 fully implements, as set forth in paragraph 1 above, the above-mentioned resolutions, to use all necessary means to uphold and implement resolution 660 (1990) and all subsequent relevant resolutions and to restore international peace and security in the area...*, ging es Washington nicht in erster Linie um die Wiederherstellung der Souveränität Kuwaits, sondern mehr um die Sicherheit Saudi-Arabiens und die amerikanische Ölversorgung.

Die Verabschiedung der UN-Resolution 678 wurde in der dargestellten Form nur möglich, weil die amerikanische PR-Agentur Hill and Knowlton zwei Videos erstellt hatte, deren Inhalte nicht der Wahrheit entsprachen.

Im ersten Video berichtete, wie sich erst später herausstellte, die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA von irakischen Soldaten, die angeblich in einem kuwaitischen Krankenhaus Neugeborene aus Brutästen genommen und auf die Erde gelegt oder geworfen hatten. Dieses Video wurde wohl bereits im August 1990, also zu einem Zeitpunkt erstellt, als sich die kuwaitische Herrscherfamilie im Exil in Saudi-Arabien befand. Im zweiten Video berichtet eine junge Frau von einer besonders brutalen Vergewaltigung durch irakische Soldaten, die nicht stattgefunden hatte, sondern eine von Hill and Knowlton erfundene Story war. Insider behaupten, es habe sich bei der angeblich Vergewaltigten um die Tochter von Prinz Bandar Ibn Sultan gehandelt, der von 1983–2005 saudischer Botschafter in Washington war. Prinz Bandar hatte ein derart enges Verhältnis zum damaligen US-Präsidenten, dass dieser ihn oft «Bandar Bush» genannt hat.

Bandar war über Jahrzehnte die entscheidende «Relais-Stelle» in der saudisch-amerikanischen Allianz. Nach seiner Zeit als Botschafter war er Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates seines Landes und später Chef des saudischen Geheimdienstes. Er hat die amerikanisch-saudische Zusammenarbeit geprägt wie kein anderer und war bei vielen CIA-Operationen der finanzielle Drahtzieher im Hintergrund.

Auf Grund seiner engen Beziehungen zum damaligen US-Präsidenten Bush war es ihm am 11. September 2001 trotz der Sperrung des amerikanischen Luftraumes gelungen, noch zwei voll besetzte Passagiermaschinen mit saudischen Staatsbürgern ausfliegen zu lassen.

Dieser 11. September 2001 könnte jetzt erneut ein Beispiel dafür werden, dass die US-Regierung auf dem saudischen Auge blind ist/bzw. blind gemacht wird...

Der Kongress plant nämlich aktuell ein Gesetz, das eine Untersuchung ermöglichen würde, ob die saudische Regierung in die Anschläge auf das World Trade Center verwickelt war. Riad reagierte umgehend und liess durch seinen ehemaligen US-Botschafter und jetzigen Aussenminister Adel Al-Jubair (54!) bei dessen Besuch in Washington im April 2016 signalisieren, dass das Königreich für den Fall einer Genehmigung einer solchen Untersuchung Kapital/Investitionen/Beteiligungen in Höhe von 750 Milliarden \$ aus den USA abziehen würde. Zeitgleich bot Riad den USA an, neun jemenitische Gefangene aus Guantanamo in Saudi Arabien aufzunehmen. Im gleichen Zeitfenster wurde berichtet, dass die USA auch weiterhin Aufklärungsergebnisse, geheimdienst-

ton hatte dazu weitgehend geschwiegen, weil die 5. US-Flotte in Bahrain stationiert ist. Auch die saudischen Massenhinrichtungen im Januar 2016, bei denen auch der schiitische Scheich Nimr ermordet worden war, wurden von Washington ausgesprochen halbherzig verurteilt.

Anfangs hatten die USA und Saudi-Arabien versucht, den IS für einen Sturz des syrischen Präsidenten Assad zu instrumentalisieren und die Terrororganisation finanziell und durch Waffenlieferungen unterstützt. Während die USA, zumindest offiziell, diesen Irrsinn eingesehen haben, bleibt die Rolle Saudi-Arabiens auch in diesem Punkt dubios. Unter der Decke setzen allerdings auch die USA mit Hilfe der CIA im Rahmen der Operation «Timber Sycamore» die Unterstützung radikaler Kräfte in Syrien fort, während Riad, wie schon so oft in der Vergangenheit, die Kosten dafür übernimmt.

Riad wirft Washington vor, durch das Atomabkommen mit dem Iran, die Sicherheit Saudi Arabiens aufs Spiel gesetzt zu haben und setzt die USA mit dieser konstruierten iranischen Bedrohung äusserst wirkungsvoll unter Druck. So hat Präsident Obama bei seinem aktuellen Besuch in Saudi Arabien noch einmal die Bedeutung der saudisch-amerikanischen Allianz unterstrichen und vielleicht König Salman sogar zugesichert, dass es auch in Zukunft keine Untersuchung einer möglichen saudischen Beteiligung an den Anschlägen vom 11. September 2001 geben wird.

Auf jeden Fall wird der Strom amerikanischer Waffen auf die Arabische Halbinsel nicht versiegen.

Neben den 780 Milliarden saudischen Dollar in den USA sei abschliessend daran erinnert, dass die USA trotz der eigenen Ölförderung täglich noch immer eine Million Barrel aus Saudi-Arabien importieren.

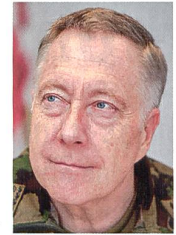
Insgesamt entsteht zunehmend der Eindruck, dass die USA auf Grund der vielen saudischen «Gefälligkeiten» und einer nicht unerheblich wirtschaftlichen Abhängigkeit, erpressbar geworden sind, und das stellt sicherlich nicht nur eine Gefahr für den Frieden und die Stabilität in der Nahmittelost-Region dar, sondern für die Welt insgesamt. ■



Oberst i Gst aD
Jürgen Hübschen
Beratung für
Friedenssicherung und
Sicherheitskonzepte
D-48268 Greven

Das Wort des CdA

Geschätzte Kader unserer Armee, geschätzte Leserinnen und Leser der ASMZ



Die ETH Zürich hat letzten Monat ihre jährliche Sicherheitsstudie veröffentlicht. Erfreut können wir feststellen, dass die Armee darin die höchsten Zustimmungswerte seit über 20 Jahren erzielt. 84% (2015: 80%) der befragten Personen erachten unsere Armee als notwendig.

78% (2015: 73%) erklären sich damit einverstanden, dass die Schweiz eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten soll. Zu diesem Umfragewert passt auch, dass nur noch 31% der Befragten das Budget der Armee reduzieren würden. Dies ist der tiefste Wert seit Beginn der Studienreihe.

Es wäre aber falsch, wenn wir diese Resultate als Erfolg feiern würden. Es ist wohl primär Ausdruck der zunehmend schlechter werdenden Sicherheitslage und zeigt auf, dass unsere Aufträge in der Bevölkerung ernst genommen werden. Europol hat im vergangenen Jahr in Europa 211 Terrorpläne erfasst. Nicht alle konnten vereitelt werden. Paris und Brüssel sind uns allen noch in deutlicher Erinnerung. Für mich ist deshalb wichtig, dass wir unsere Leistung jederzeit zuverlässig erbringen können und unsere Bevölkerung Vertrauen in ihre Armee haben kann.

Auch diesbezüglich gibt die Sicherheitsstudie Auskunft:

Der Umfragewert zur Frage «Wie zufrieden sind Sie mit der Leistung der Schweizer Armee» ist in den vergangenen acht Jahren stetig und deutlich gestiegen. Dies ist eine echte Anerkennung für die Miliz. Bravo und Danke.

Sollte sich die Lage nun so entwickeln, dass wir die zivilen Behörden – zum Beispiel an der Grenze – unterstützen müssen, so werden wir dies zuverlässig und mit grosser Ernsthaftigkeit tun.

Ich weiss, dass sich unsere Bevölkerung auf unsere Miliz verlassen kann und wünsche Ihnen allen einen sicherheitsmässig hoffentlich ruhigen Sommer. Denjenigen, welche Dienst leisten, wünsche ich viel Erfolg und vor oder nach der Dienstzeit eine erholsame Ferienzeit.

*Korpskommandant André Blattmann
Chef der Armee*

«Auf jeden Fall

wird der Strom

amerikanischer Waffen

auf die Arabische Halbinsel

nicht versiegen.»

liche Erkenntnisse und militärische Beratung für den saudischen Krieg im Jemen zur Verfügung stellen würden, einem Krieg, in dem auf Seiten der Saudis fast ausschliesslich von den USA gelieferte Waffensysteme zum Einsatz kommen. Inzwischen ist der Jemen de facto zweigeteilt, mindestens 7000 Menschen sind gestorben und 14 Millionen Menschen des ärmsten Landes auf der Arabischen Halbinsel haben nicht mehr genug zu essen. Und das alles, weil Riad behauptet, Teheran bedrohe durch sein bis heute nicht bewiesenes Engagement im Jemen die Sicherheit des Königreiches.

Mit einer Gefährdung dieser eigenen Sicherheit hatte Saudi-Arabien schon den Einmarsch seiner Truppen in das Königreich Bahrain begründet, und Washing-